



## Protokollauszug

Sitzung	Rat der Stadt Norderney
Status:	öffentlich
Datum	17.02.2016

### TOP 15. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

a) Herrn Jentsch ist aufgefallen, dass sich RM Plavenieks in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt in auffallender Weise für das Projekt „Gartenstadt“ eingesetzt habe. Er fragt, warum RM Plavenieks, dessen politische Gruppierung sich vor der letzten Kommunalwahl gegen eine weitere bauliche Verdichtung (bezogen auf das 5-Sterne-Hotel) ausgesprochen habe, damit eine Wende vollziehe. RM Plavenieks antwortet, dass sich die Freien Wähler seit mehr als 10 Jahren für die Schaffung von Dauerwohnungen einsetzen und gegen weitere Zweitwohnungen sprächen. Der Investor habe die geplanten Wohnungen von 33 auf 22 reduziert und im Übrigen eine klare Aussage zu seinen Plänen getroffen. Er halte das Projekt für diskutabel.

b) Herr Jentsch stellt fest, dass Herr Rechtsanwalt Moroni in das Projekt „Gartenstadt“ eingebunden sei und Herr Bergmeyer („Gartenstadt“) in der Fördergemeinschaft Poppe-Folkerts-Museum Norderney e. V. Kassierer sei. RM Plavenieks stellt richtig, dass es sich bei dem Schatzmeister um Herrn Martin Bergmeyer handle. Der Verantwortliche für die „Gartenstadt“ heiße Klaus Bergmeyer. RM Plavenieks verwahrt sich gegen den von ihm vermuteten Versuch, ihn in Misskredit zu bringen. Außerdem setze sich Herr Rechtsanwalt Moroni seit Jahren für Dauerwohnungen auf der Insel ein. Der von ihm vorbereitete Vertrag werde einmalig sein für das gesamte Land Niedersachsen.

c) Frau Diehl stellt sich als Zweitwohnungsbesitzerin auf Norderney vor. Die Wohnung befinde sich in der Nordhelmstraße. Sie schlägt vor, die dort wohnenden Zweitwohnungsbesitzer etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Man könne auch ohne die Erhöhung der Zweitwohnungssteuer die Einnahmen in diesem Bereich steigern. RV Terfehr bedankt sich für den Tipp. Die Verantwortlichen hätten diesen zur Kenntnis genommen.

d) Herr Jentsch geht davon aus, dass das Projekt „Gartenstadt“ verwirklicht werde. Er fragt BM Ulrichs, wie man verhindern könne, dass die Bunkergrundstücke in der Siedlung bebaut würden. BM Ulrichs entgegnet, dass man im Augenblick über die Entwicklung der „Gartenstadt“ nur spekulieren könne. Bezüglich der Bunkergrundstücke sei im Bebauungsplan Nr. 25 B festgelegt, dass dort keine Bebauung stattfinden könne. Festgesetzt seien dort Grünflächen.

e) Herr Jentsch fragt, ob im Aufsichtsrat der Stadtwerke darüber gesprochen worden sei, dass die Gaspreise unverändert hoch seien, obwohl der Ölpreis gesunken sei. Ihm sei die Entkoppelung von Gas- und Ölpreis bekannt. BM Ulrichs versichert, dass die Festsetzung der Gaspreise auf der Insel nicht willkürlich geschehe und mit der Gestaltung der Gaspreise kein Gewinn gemacht werde.